

Eine Militärbefreiungsangelegenheit.

Vom k. u. k. Militärkommando wird uns mitgeteilt:

Ueber Einschreiten des Militäranwaltes der Landwehr befakte sich das k. k. Landwehrdivisionsgericht in Wien mit einer ausgedehnten Militärbefreiungs-Affäre, welcher folgender Sachverhalt zugrunde liegt:

Unter Mitwirkung eines Militärbureaus und einiger Advokaten haben galizische Flüchtlinge unter der Vor Spiegelung, dem Stande der Rabbinatskandidaten anzugehören, die Wehrbegünstigung nach § 29 Wehrgesetz erwirkt, beziehungsweise zu erwirken versucht. Die von dem genannten Militäranwalt unter erfolgreicher Mitwirkung des Sicherheitsbureaus der Polizeidirektion in Wien gepflogenen umfassenden Erhebungen führten zur Feststellung, daß einzelne Rabbiner, Gemeindevorsteher u., die für die Erlangung dieser Begünstigung erforderlichen Zeugnisse in eigen nütziger Weise und in Kenntnis des unerlaubten Zweckes ausstellten und bestätigten.

Der Kreis der Beteiligten, welche sich größtenteils in Haft befinden, ist ein sehr beträchtlicher.